Diese Regierung können wir uns sparen!

Salzgitter, September 2010

Ungerechte Sparpakete, einseitige Belastungen der Beschäftigten bei der Gesundheit, Rente erst mit 67 und eine unverantwortliche Energiepolitik mit längeren Laufzeiten der Atomkraftwerke - das ist die Bilanz der schwarzgelben Bundesregierung. Dagegen müssen wir uns endlich gemeinsam wehren!

Ungerechtes Sparpaket

Anstatt auf Investitionen für mehr Arbeitsplätze zu setzen, legt diese Regierung ein sogenanntes "Spar"paket vor. Ein Paket, bei dem nur die Ärmsten in der Gesellschaft, die Empfänger von Arbeitslosengeld und Menschen mit Niedriglöhnen zur Kasse gebeten werden, während die Banken und die großen Energieunternehmen den Politikern Vorschriften machen, was ihre Steuern und Abgaben angeht. Arbeitslosen dagegen nimmt man das vormals so hochgelobte Elterngeld und die Rentenbeiträge weg.

Kopfpauschale ohne Solidarität

Bei der von Gesundheitsminister Philipp Rösler durchgesetzten sogenannten Gesundheitsreform versucht die FDP, heimlich eine versteckte Kopfpauschale einzuführen, bei der nur noch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einseitig mit Kostensteigerungen belastet werden, während man den Beitrag der Arbeitgeber einfriert. Höhere Zuzahlungen und Zusatzbeiträge in Höhe von 2 % des Bruttoentgeltes sind das Ergebnis dieser unsolidarischen Politik.

Die Rente mit 67

Die Rente mit 67, die ab 2012 eine stufenweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 67 vorsieht, wird von der Bundesregierung ebenfalls durchgepeitscht. Die für dieses Jahr in dem Gesetz vorgesehene Überprüfung der tatsächlich vorhandenen Arbeitsplätze für Ältere wird schon jetzt von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen mit falschen Zahlen schön gerechnet. 40 Prozent der über 60-jährigen sollen einen altersgerechten Arbeitsplatz haben. In Wahrheit sind es nur etwa 20 Prozent.

Atomkraft statt Erneuerbare Energien

Verlängerte Laufzeiten für die alten Atommeiler haben die großen Energiekonzerne durchgesetzt, damit sie noch mehr Gewinne machen können, während wir dafür noch mehr Atommüll bekommen. Damit das klappte drohten die großen Konzerne wie Eon oder Vattenfall nur mit einer Klage gegen die Brennelementesteuer oder gar der „Abschaltung" der AKWs - schon werden die Wünsche der Konzerne umgesetzt. Das nennt die Bundesregierung dann verantwortliche Energiepolitik, anstatt auf erneuerbare Energien zu setzen, diese zu fördern und noch mehr Müll zu vermeiden.

Raus aus den Betrieben! Wir wehren uns gegen ungerechte "Spar"pakete, Kopfpauschale, Rente mit 67 und Atommüll in Schacht Konrad (!) am:

29. September in Salzgitter*

Kundgebung 10:00 Uhr vor dem ehemaligen Tor 5 der SZAG (Kreisstraße 16)
*** Weitere Infos über Demonstrationen aus den Betrieben folgen!**

V.i.S.d.P.: IG Metall Salzgitter-Peine, Wolfgang Räschke